

Der alv kämpft für ein Glücks-Kleeblatt

Die von der Regierung vorgeschlagenen Reformen im Aargauer Bildungswesen decken sich grösstenteils mit den Vorstellungen des Lehrerinnen- und Lehrerverbandes alv. Ob die vornehmen Ziele aber auch im Sinne der Lehrerinnen und Lehrer umgesetzt und genügend Ressourcen bereitgestellt werden, ist für den alv fraglich.



Foto: Doris Fischer

Verbandssekretär Urs N. Kaufmann, die Pädagogische Sekretärin Kathrin Nadler und Präsident Niklaus Stöckli (von links) vor dem «Sitz» des alv an der Entfelderstrasse in Aarau.

Der Sitz des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes alv liegt inmitten eines herrlichen Parks mit uraltem Baumbestand an der Entfelderstrasse in Aarau. Klee wächst keiner im gepflegten Rasen, dennoch beschäftigt den Verband nichts so sehr wie das «Bildungskleeblatt», wie im Gespräch mit der LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans zum Ausdruck kommt. Noch ist nicht klar, ob das vierblättrige Kleeblatt auch wirklich ein Glücksbringer wird.

Doris Fischer

Die einzelnen Blätter des Kleeblattes stehen für die pädagogischen und strukturellen Reformen in vier Teil-

gebieten: Eingangsstufe, Harmonisierung der Schulstrukturen, Tagesstrukturen und Lektionenzuteilung mit Sozialindex.

Das Ganze ist eingebettet ins Projekt «Bildungsraum Nordwestschweiz»; daraus ergeben sich für den Verband weitere Themen, beispielsweise die neuen Ausbildungsgänge an der Fachhochschule Nordwestschweiz oder das neue Anstellungsrecht – ein zünftiges Fuder also.

Mehr Ressourcen

Als unbestritten innerhalb der Lehrerschaft und, was den alv besonders freut, auch im politischen Umfeld schätzt der Verband die Zustimmung zur Verteilung der Ressourcen mittels Berechnung des

Sozialindex auf die Schulgemeinden ein. Konkret bedeutet dies durchschnittlich 15% mehr Personal. Je nach Anzahl Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen würden einer Schulgemeinde bis zu 40% mehr Ressourcen zugeteilt.

«Wir haben uns von Anfang an dafür engagiert, dass die frei werdenden Finanzen infolge des Kinderrückgangs für eine umfassende Ressourcensteuerung, das heisst für die neuen Aufgaben, eingesetzt werden», erklärt Verbandssekretär Urs N. Kaufmann. Damit habe der alv bei Bildungsdirektor Rainer Huber erfreulicherweise offene Türen ingerannt. «Wenn umgesetzt wird, was das Bildungsdepartement jetzt vor-

schlägt, wäre dies ein grosser Fortschritt», ist der Präsident des alv, Niklaus Stöckli, überzeugt.

Der Verband spürt jedoch gewisse Unsicherheiten bei den Lehrpersonen bezüglich der konkreten Pensenverteilung. Befürchtet werde unter anderem, dass Lehrpersonen kurzfristige Schwankungen bei ihren Pensen in Kauf nehmen müssen.

Für Niklaus Stöckli ist deshalb Voraussetzung, dass die Pensenzuteilung im Sinne einer Kontinuität auf vier Jahre zugesagt werden muss und nicht jedes Jahr neu definiert wird. «Ebenso wichtig ist jedoch, dass die zusätzlichen Ressourcen für den eigentlichen Zweck zur Verfügung stehen, das heisst für Kinder mit speziellen Bildungsbedürfnissen.»

Tagesstrukturen unbestritten

Grossen Anteil an einem weiteren Blatt des Kleeblattes hat der alv mit seiner Initiative zur flächendeckenden Einführung von Tagesstrukturen. Die anfänglichen Bedenken, dass Lehrpersonen nebst ihrem Bildungsauftrag auch noch Betreuungsaufgaben übernehmen müssen, seien verschwunden. Wünschen dies einzelne Lehrpersonen jedoch, so stünde einer solchen Vereinbarung nichts im Wege. «Betreuungsaufgaben dürfen einfach nicht zum Bestandteil des Berufsauftrags werden», betont Stöckli.

Im Übrigen will sich der alv auch dafür einsetzen, dass das Angebot von Tagesstrukturen einen pädagogischen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler bringt.

«Werden die Vorgaben, wie sie jetzt auf dem Tisch liegen, umgesetzt, sind unsere Forderungen voll und ganz erfüllt», ist Stöckli überzeugt. Ein Rückzug der Initiative sei aber, solange der Gesetzgebungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, kein Thema. Den Tagesstrukturen bläst allerdings ein neuer rauher Wind entgegen, weil die Gemeinden, entgegen früherer Bestimmungen, für die gesamten Kosten aufkommen müssen. Dies gefährdet nach Einschätzung von Urs N. Kaufmann möglicherweise eine flächendeckende Einführung.

Eingangsstufe unterschiedlich beurteilt

Bereits eine lange Tradition hat die Diskussion um die Eingangsstufe im Kanton Aargau. «Deshalb ist sie nicht mehr so umstritten, wie sie beispielsweise in anderen Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz ist», erklärt Kathrin Nadler, Pädagogische Sekretärin des alv.

Wachsenden Widerstand gegen die Eingangsstufe stellt der Verband jedoch in der Öffentlichkeit fest. Mit dem Kindergarten verbinden die Eltern etwas Sympathisches, Angenehmes, Spielerisches, das sie mit der Einführung einer Eingangsstufe zu verlieren fürchten.

Einen grossen Willen zur Veränderung stellen die Verbandsverantwortlichen bei den direkt betroffenen Lehrpersonen fest. Als Beweis dafür werten sie eine überaus gut besuchte Diskussionsveranstaltung des Primarlehrervereins und des Verbands der Kindergartenlehrpersonen in Baden. «Dort ist allerdings auch klar geworden, dass die Lehrpersonen genaue Informationen darüber möchten, was auf sie zukommt. Sie wollen die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung erhalten und sich auf die neue

Situation und die Anforderungen seriös vorbereiten können», betont Kathrin Nadler. «Die Rahmenbedingungen müssen klar sein, insbesondere die Zusage der Finanzen. Gegen eine Billigvariante würden wir uns wehren.»

Zwei oder drei Leistungszüge?

Umstritten ist die künftige Struktur der Oberstufe. Das Bildungsdepartement sieht eine zweigliedrige Oberstufe vor. Die alv-Spitze tendiert zu einer dreigliedrigen Oberstufe, betont aber, dass dies nicht gleichzusetzen sei mit der Beibehaltung des Status quo. Die Oberstufe soll unter einem Dach mit durchlässigen Leistungszügen geführt werden. «Der Unterschied besteht nur darin, ob sie zwei oder drei Leistungszüge aufweist», präzisiert Niklaus Stöckli.

In dieser Beziehung gibt es jedoch innerhalb des alv unterschiedliche Ansichten. So verlangt der Reallehrerverband klar eine zweigliedrige Oberstufe. Aus diesem Grund führt der Verband einen Meinungsbildungsprozess durch und fordert die Lehrpersonen in einem Rundschreiben auf, ihre Ansicht kundzutun. In einer Urabstimmung im Frühjahr 2009 soll dann die Entscheidung fallen.

Auch wenn sich das von der Regierung vorgeschlagene Bildungskleeblatt zu 95 Prozent mit den Vorstellungen des alv deckt, sieht der Verband (noch) keinen Grund zum Jubeln. «Das sind wunderbare Ziele; aber erst die Umsetzung wird zeigen, was sie Wert sind», gibt sich Niklaus Stöckli skeptisch.

Weiter im Netz

www.alv-ag.ch
www.lch.ch

LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans

Bringen auch fünfblättrige Kleeblätter Glück?



Franziska Peterhans,
Zentralsekretärin LCH

Der Kanton Aargau hat besonders viel Reformbedarf. Als fast einziger Kanton sieht er den Übertritt in die Sekundarstufe I noch nach fünf Jahren vor. Auch die Frühfremdsprachen sind noch nicht eingeführt. Mit der neuen Eingangsstufe, den Tagesstrukturen und der Ressourcensteuerung warten weitere Teilprojekte auf die Umsetzung. Kein Wunder, dass Bildungsdirektor Rainer Huber mit dem Bildungskleeblatt eine gigantische Reform plant.

Damit noch nicht genug. In den kommenden Jahren sollen die Einschulungs- und Kleinklassen verschwinden und eine integrierte Schule entstehen. Auch das ist eine notwendige Reform, die – wissenschaftlich belegt – zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder führen soll. Wer könnte etwas dagegen haben?

Die Lehrpersonen etwa? Ja, es gibt viele Lehrpersonen im Aargau, die nichts vom verheissenen Reformglück spüren und in Sorge über ihre Zukunft sind. Ich teile diese Sorge.

Nehmen wir das verschwiegene fünfte Kleeblatt – die integrierte Förderung der Schülerinnen und Schüler: Der Aargau führt besonders viele Kleinklassen und Einschulungsklassen. Im Zuge des neuen Finanzausgleichs NFA zwischen Kantonen und Bund müssen zusätzlich ein Teil der sonderpädagogischen Angebote in die Schule integriert werden.

Für die erfolgreiche Umsetzung eines solch anspruchsvollen Vorhabens braucht es besondere Sorgfalt. Gelingen und Misslingen einer solchen Reform liegen nahe beieinander. Der LCH hat darum seine «Gelingensbedingungen für eine integrierte Förderung für alle» formuliert:

- Eine Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen der Regelklassen samt den dazugehörigen Zeitgefässen
- Lehrmittel, die eine breite Differenzierung ermöglichen
- Kleinere Klassen bzw. bessere Betreuungsrelationen, damit individualisierter Unterricht möglich ist
- Klassenzimmer, in denen Gruppenunterricht und Einzelförderung möglich sind
- Fachpersonen zur Beratung der Klassenlehrpersonen im sonderpädagogischen Bereich
- Deutlich tiefere Lektionenzahlen, um einen individualisierten Unterricht mit Förderplanung umzusetzen

Auf den alv wartet viel Arbeit, die er weiterhin engagiert und kämpferisch anpacken wird. Die Unterstützung von Seiten LCH ist ihm dabei sicher.